

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2.50 M., bei direkter Postbestellung ohne Zustellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 2.50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate kosten die abendliche Ausgabe jeweils über dem Namen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“ das letztgenannte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerzeilen (Schlag 20 Pf.). Bei Familien- und Vereinstellungen gilt der Zuschlag fort. Interate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9786.

Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 3. Februar 1919

Nummer 60

Wachsende Opposition gegen die Regierung.

Die sächsischen Landeswahlen.

Über die gestrigen Landeswahlen in Sachsen liegen bisher keine offiziellen Meldungen vor. Nach dem „B.Z.“ hatten bis nach Mitternacht aus 98 Wahlkreisen die Unabhängigen 47 908, die Mehrheitssozialisten 20 478, die Demokraten 34 800, die Deutschnationalen 15 554, das Zentrum 222 Stimmen.

Aus weiteren 220 Bezirken werden folgende Ziffern gemeldet: Unabhängige Sozialisten 121 240, Mehrheitssozialisten 88 274, Deutsche Demokratische Partei 88 406, Deutschnationale Volkspartei 24 730, Zentrum 1680. Ferner aus 67 Bezirken Leipzig-Land: Unabhängige Sozialisten 84 393, Mehrheitssozialisten 17 876, Demokraten 23 734, Deutsche Nationale 9817, Zentrum 133.

In Chemnitz war dem „B.Z.“ zufolge das Ergebnis: Unabhängige 35 203, Mehrheitssozialisten 114 193, Demokraten 67 730, Deutsch-Nationale 51 513, Zentrum 1576. Aus den Städten Dresden und Leipzig liegen noch keine abschließenden Meldungen vor.

Zum Belagerungszustand in Thorn.

Bromberg, 2. Februar. Die Veranlassung zur Verhängung des Belagerungszustandes über Thorn wird durch B.Z. mitgeteilt: Am 30. Januar 1919 wurde wegen Spionageverdachts der Unterleutnant Michalski von der vierten Maschinengewehr-Abteilung in Haft genommen. Bei Durchsuchung seiner Wohnung wurde eine Menge ihn und eine Anzahl Thorer polnischer Bürger belästigender Materiale vorgefunden. Im ganzen wurden bisher acht Personen auf Grund des Paragraphen 81 Absatz 4 (Landesverrat) verhaftet.

Scheidemann schimpft.

Scheidemann hat einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber sein Verdr über die Arbeiter- und Soldatenräte geäußert und dabei reichlich Stimmungen gegen diese revolutionäre Institution geäußert, denen er und seine Mitgeschickten allein sein Mandat verdanken. Er behauptet zunächst, daß sie zu große Kosten verursachen, und meinte dann:

Wir wollen den Mitgliedern der S.- und E.-Räte, die aus ehrlicher Ueberzeugung und nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der revolutionären Arbeiterkraft zu dienen, nicht zu nahe treten, aber gerade sie werden zugeben müssen, daß doch sehr viele fragwürdige Geschäfte in den S.- und E.-Räten aufgetaucht sind, von denen kein Mensch gemut hat, von wovon sie gekommen sind und wo sie ihre Talente, großen Unfug zu verüben, erworben haben.

Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß vielerorts die S.- und E.-Räte eine geradezu gemeingefährliche Wirksamkeit entfalten haben. Darüber können alle Reichsämter, nicht zuletzt das Reichsverwaltungsamt, mit Beispielen aufzählen. In einer revolutionären Uebergangszeit können die S.- und E.-Räte mancherlei Nützliches wirken. Nach dieser Uebergangszeit, die für uns mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die S.- und E.-Räte zu Verwaltungsorganen und kostspieligen Hindernissen jeder ordentlichen Verwaltung.

Wenn Herr v. Seundehrandt oder Herr v. Redlich sich äußern hätten, hätten sie auch keine anderen Worte finden können, als dieser Volksbeauftragte, Revolutionär und Sozialist.

Die Soldatenräte in den Freiwilligenkorps.

Von den „Preffestellen“ und „Propagandaoffizieren“ der zahllosen Freiwilligenkorps wird immer wieder berichtet, daß in diesen neuen Formationen ein Aufleben des alten militaristischen Zwanges schon deswegen ganz unmöglich sei, weil sich ja alle Angeworbenen in einem von beiden Teiler leicht lösbaren Angehörigenverhältnis befinden.

Wie gerade dies Angehörigenverhältnis von den Offizieren mißbraucht wird, um einen harten Druck auszuüben, das geht aus vielen Beschwerden, die wir erhalten, unter anderem aus dem Brief eines Freiwilligen in Münster i. W. hervor. Es heißt darin:

Wir wählten uns im hiesigen Freiwilligen-Bataillon einen Soldatenrat, bestehend aus einem Bizefeldwebel und zwei

Männern, die ganz und gar unsere Interessen vertreten. Da der Soldatenrat, besonders der Feldwebel sich scharf gegen den auftauchenden Militarismus wehrte, mußte der Feldwebel, auf Befehl des Hauptmanns, das Bataillon auf der Stelle verlassen, obwohl er von der Kompanie mit 47 gegen 3 Stimmen gewählt war. Als wir dagegen Einspruch erhoben, sagte der Hauptmann: „Wer sich mit nicht fügt, kann gehen!“ Das ist ein typischer Fall. Er beweist ganz deutlich, daß die Soldatenräte gerade durch das „freie Angehörigenverhältnis“ vergrößert und mächtiger gemacht werden, und daß die Offiziere in den „Freiwilligenkorps“ kommandieren wie sie wollen.

Proteste der Soldatenräte.

In Uebereinstimmung mit der Auffassung der Groß-Berliner S.-Räte und zahlreicher S.-Räte des Reiches mißbilligen die vereinigten S.-Räte des Truppenübungsplatzes Döberitz geschlossen die Verfügung des Armeekorps-Direktors betr. Regelung der Kommandogewalt. Die Soldatenräte des Truppenübungsplatzes Döberitz stehen auf dem Standpunkt, solange in ihren bisherigen Rechten und Pflichten verharren zu müssen, bis eine Neuordnung seitens des einberufenen Reichskongresses der S.-Räte erfolgt ist.

- 1. Garde-Fußart.-Regts.
- 2. Inf.-Regts. 261.
- 3. Garde-Landsturm-Bataillon Döberitz B. 1.
- 4. Garde-Landsturm-Inf.-Batt. G. 12.
- 5. Maschinengewehr-Regiment.
- 6. Kommandantur des Tr.-Ueb.-Pl. Döberitz.
- 7. Barackenlazarett Döberitz.
- 8. Kriegsgefangenen-Lazarett Döberitz.
- 9. Kommandantur des Gefangenenlagers Döberitz.

Am Sonntag vormittag fand in Frankfurt a. O. eine gewaltige Demonstration gegen die neuen Verfügungen, veranlaßt vom hiesigen K.- und S.-Rat, statt. Die vorangegangenen roten Fahnen und Schilder wandten sich „Gegen die Kommandogewalt der Offiziere“ und verlangten „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“. Die Redner, welche vor einer 4000köpfigen Menge Soldaten und Arbeiter, sprachen, nahmen entschieden Stellung gegen die Regierung Scheidemanns, welche uns um die Erziehungsschulen des 9. November bringen will.

Erfindungen.

Uns wird geschrieben: Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich in zwei Artikeln, am 24. und 25. Januar, mit mir befaßt, ihren Grundfäßen treu aber eine Verächtlichung stillschweigend zu den Akten gelegt, da sich sonst selbst ihre Leser hätten überzeugen müssen, daß jedes Wort gelogen war. Ich bitte daher hier erklären zu dürfen:

1. Es ist un wahr, daß ich ein „bekanntes Spartakist“ bin.
 2. Es ist un wahr, daß mich Richard Müller als „Spartakisten“ mit der Kontrolle des B. Z. betraut hat. Wahr ist, daß ich in der, von mir vorgeschlagenen, paritätischen sozialistischen Kommission die U. S. P. zu vertreten hatte, während für den Spartakusbund ein anderer Genosse vorgesehener war, der übrigen ausgeblieben ist.
 3. Es ist un wahr, daß ich B. Z. O. „gezwungen“ habe, regierungsfremde Notatelegramme zu veröffentlichen. Ich habe nie mit der Notiz etwas zu tun gehabt, und habe gerade die Notatelegramme wegen ihrer Belanglosigkeit zum größten Teil nicht veröffentlicht lassen.
 4. Es ist un wahr, daß ich „familiäre Punktelegramme an Lieblincht weitergegeben“ habe, wahr ist, daß ich mit dem Ermordeten leider nie in irgendeinem direkten oder indirekten Verkehr gestanden bin.
 5. Es ist un wahr, daß mich Lieblincht zur Gründung einer bolschewistischen Zeitung nach Wilhelmshafen geschickt hat. Wahr ist, daß ich auf Wunsch der U. S. P., besonders der dortigen Kandidaten Dittmann und Hüfner, hingefahren bin.
 6. Un wahr: Ich habe auch, daß ich zum Vorstand der Reichskongresses des Spartakusbundes gewählt habe. Da wer doch mit einer Parteilinie wie hundert andere Nichtkommunisten.
- Von allen Behauptungen des Blattes ist daher jede einzelne erfunden. Helig Stöckner.

Beginnende Einsicht.

Man darf hoffen, daß der Feldzug Roskes gegen die Bremer Arbeiterschaft mit einem wohlverdienten strategischen Rückzug sein Ende finden wird. Geht es doch, dann hat an diesem Ausgange wohl nicht die Regierung, die in der prokuratorischsten Weise vorging, das Verdienst, und noch weniger dieser Roske, dessen brutaler Machtwahn ihn zu einem so brauchbaren Werkzeug des Militarismus gemacht hat, sondern das Verdienst haben ausschließlich die Arbeiter- und Soldatenräte Bremens und vor allem Hamburgs. Insbesondere hat der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburgs durch sein energisches Auftreten gegen die Strafexpedition die Regierung, sehr gegen ihren Willen, zu Verhandlungen genötigt, und schließlich zum Rückzug gezwungen. Es ist gut, daß diese Tatsache konstatiert werden kann zur selben Zeit, wo der Vordenker der Revolution, Herr Philipp Scheidemann, in den wegwertendsten und verächtlichsten Ausdrücken über die Soldatenräte herfällt. Dankbarkeit vom Hause Ebert-Scheidemann!

Das entschlossene Vorgehen der Soldatenräte hätte aber gegenüber der Gewaltpolitik der rechtssozialistischen Führer vielleicht nicht ausgereicht, wenn nicht die Arbeiterschaft selbst endlich die großen Gefahren und die verhängnisvollen Folgen dieser Politik erkennen würde. Endlich beginnt auch bei den Rechtssozialisten, wo seit der Spaltung Kirchhoffstrube herrschte und es eine Diskussion über die Politik der Partei kaum mehr gab, sich der Widerspruch gegen die Führung zu regen. Im „Hamburger Echo“ vom 31. Januar erschien unter dem Titel: „Wollen wir vom Militarismus die Revolution abwürgen lassen?“ ein Artikel, der in sehr vielen wesentlichen Punkten unsere Auffassung bestätigt und bekräftigt. Und während der „Vorwärts“ fortfährt, mit den verächtlichen Deb- und Verdrehungsmethoden die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft immer mehr zu vertiefen, zeigt das „Echo“ in ruhigen und sachlichen Darlegungen, wie verhängnisvoll die Regierungspolitik gewirkt hat.

Die Ausführungen sind bedeutungsvoll genug, um sie ausdrücklich wiederzugeben:

Die Militaristen wittern Morgenluft. Nichts schien durch die Novembertage in Deutschland so gründlich ausgegittelt wie der preussische Militarismus. Die Sünden des Militarismus an der Menschheit und Menschwürde waren so groß, so gemein, so heimtückisch verübt, und so elchast, daß man hätte glauben sollen: alles würde das deutsche Volk, würde vor allem das proletarische Proletariat hinnehmen und dulden, wenn es dafür nur die eine Sicherheit haben konnte: fortan geschützt zu sein vor diesem Militarismus. Und dennoch hat es ein grotesk unglückseliges Geschick gefügt, daß schneller als alles andere, daß durch die Revolution gestürzt oder gewandelt, gerade der Militarismus sich wiederfinden konnte. Ganz stille tauchen erst, dann schon immer erzer zu greifend und heute schon erhebt er mit der nur ihm eigenen Dreifaltigkeit sein Haupt gegen die revolutionären Einrichtungen und gegen die Revolution.

Der Militarismus schien tot. Er schien erlegen dem ungeheuren Aufsturm der gewaltigen Einheitsfront des revolutionären Proletariats im Arbeiter- und Soldatenrat. Aber eines Tages rief diese Front, und sofort sprang der Lotterkorn auf die Beine und sprang in die Höhe. Die Proletarier schossen auf sie an und er schloß sich der einen Partei an und schloß auf die andere. Die Gerechtigkeit gebietet, zu sagen, daß man ihn rief, und gebietet auch, zu sagen, daß man ihn rufen mußte (?). Des verbrecherischen Wahnsinns, den der alte Militarismus und ihrem Belagere gemeine Diebe und Wülfen eine Woche lang über Berlin trieben und der leicht das ganze deutsche Volk in einen noch grauenvolleren Wülfenrudel hätte ziehen können, vermochten die revolutionären Sicherheitsmannschaften nicht Herr zu werden. Darum glaubte die Regierung in ihrer und des Volkes Not dem Affen des Militarismus Fuder geben zu müssen. Sie verreckte sich nicht. Aber auch er kam auf keine Rechnung. Der Militarismus war wieder da. Und dann man ihn nicht sofort wieder nach Hause schicken konnte, suchte er nach Verletzung, nach Aufgaben, in denen er sich betätigen und seine Unmenschenlichkeit beweisen konnte. Er fand sie schnell. Die laute Ofschuh und Heimatstube. Und Verbotskreuzen tauchen sich auf, und Freikorps gründeten sich, und die alten Ubrasen militaristischer Selbstherrlichkeit und Unberücktheit flatterten wieder umher, daß man fast glauben konnte, niemals habe es eine Revolution gegeben. Und heute sind wir so weit, daß „Regierungstruppen“ vor

eine deutsche Stadt ziehen, und blutige Kämpfe zwischen Arbeitern und Soldaten drohen, wenn nicht noch in nächster Stunde ein Weg gefunden wird, das Unheil abzuwenden. Und heute sind wir so weit, daß der Militarismus wieder eine Macht werden konnte, die morgen oder übermorgen die ganze Revolution abwürgen kann, wenn er nicht zum zweiten Mal niedergedrungen wird, und diesmal so gründlich, daß er an ein Aufstehen nun nicht wieder denken kann.

Wir sind gerade genug, die Schuld an dieser Entwicklung nicht der gegenwärtigen Reichsregierung beizumessen. Ein unheilvolles Geschick hat, wie wir oben schon sagten, die Verhältnisse bestimmend beeinflusst. Die Uneinigkeit des Proletariats hat diese Entwicklung eingeleitet, und die Unerbittlichkeit des Schicksals hat die Regierung auf den Weg, den sie zweifellos zuerst sehr wider ihren inneren Wunsch bestritt, weiter und weiter gedrängt. Aber wir haben das Empfinden, daß die Regierung, daß wenigstens einige ihrer Mitglieder, daß vor allem der Genosse Noske auf diesem Schicksal nur deshalb so entschlossen weitergeschritten, weil ihnen geschäftliche Militäristen in geschickter Weise dabei die Führer waren.

Schon vor Wochen haben wir gesagt, daß wir den neuen Ostschuß, einerlei ob er sich gegen die Gebietsgebiete der Polen oder die Besatzungsgebiete der russischen Volkswirtschaft richtete, für unzulässig und unnützlich hielten. Neuerung und alle die, die nach dem Ostschuß riefen, haben die Dinge viel zu sehr aus den alten Verhältnissen heraus. Die von Wilson diktierte Note an die Polen und Tschechen, daß die Entente keine durch Gewaltakte erfolgte Gebietsbesetzung anerkennt, sondern daß die Friedenskonferenz entscheiden werde, hat uns um so mehr recht gegeben, als die Entente diesen normierenden Worten ja schon die Taten folgen läßt. Und die anrückenden russischen Volkswirtschaftstruppen! Nun, fragt unsere aus der Ukraine heimkehrenden Truppen, ob sie die Ränderbanden sind, vor denen uns Antiholowitschewskianen granatlich machen wollen. Wir gratulieren die bolschewistische Methode nicht. Wir halten sie in Deutschland für unmöglich. Aber die Ziele der Volkswirtschaft sind unsere Ziele. Und lieber mit ihnen verhandeln, als mit dem preussischen Militarismus pal'ieren. Alle unsere aus der Ukraine heimkehrenden Soldaten sagen uns, daß sich sehr gut mit ihnen verhandeln lasse. Und läßt sich nicht verhandeln, wollen die russischen Truppen, die angeht und bedrohen sollen. Deutschland zu einem Kriegsheld machen, so werden wir uns auch in anderer Weise dagegen zu wehren vermögen, als dadurch, daß wir den preussischen Feind wieder in ganz Deutschland zum Diktator machen. Dazu sind wir aber auf dem schlimmsten Wege.

Der Erlaß über die Kommandogewalt, der die alten militärischen Gezeiten wieder etabliert, hat bei den Soldatenräten berechtigter Aufregung hervorgebracht. Die Soldatenräte sollten einen Trümmerhaufen aufräumen, den sie in sich zusammengeklümmert hatten, und hinterlassen hätte. Daß das nicht immer elastisch ging, versteht sich von selbst. Es soll von ihnen dabei viel Leid verwendet sein. Was sein. Aber jedenfalls nicht entfernt so viel wie vorher von den Militäristen verputzt und zu den selbstmüßigen Zwecken verwendet ist. Sie sollen auch nicht verstanden haben, Disziplin wieder einzuführen. Das ist richtig. Aber nachdem die preussischen Militäristen die Willkür deutscher Bürger im Soldatenrat über vier Jahre lang so heimatlich, so brutal mit der Disziplin verewaltigt hatten, haben sie leicht schimpfen über Disziplinlosigkeit. Neben dem, was sie nicht geleistet haben, weil sie es nicht konnten, und neben dem, was sie schlecht gemacht haben, weil sie es unter den ihnen gegebenen Umständen nicht besser machen konnten, haben die Soldatenräte unendlich viel Gutes, ja Großes geleistet. Für die Mannschaften, für das deutsche Volk und vor allem für die Revolution. Deshalb wollen wir sie uns heute nicht abwürgen lassen durch die Militäristen, denen sie natürlich ein Dorn im Auge sind. Selbst wenn sich jetzt Mitglieder der Regierung bewußt oder unbewußt in den Dienst der Militäristen stellen.

Die Soldatenräte haben in ihrer Wehrhaft auch durchaus die militärischen Notwendigkeiten erkannt, die von der Regierung in ihren Erlassen betont werden. Und sie haben an ihrem Teil getan, was sie konnten, um diesen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Sie haben längst beschlossen und erfolgreich die Freiheit der Wahlen gefordert, und sie haben früher schon und fortlaufend die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen gewährt. So z. B. haben die Räte der Marine die Auslieferung der U-Boote und Kriegsschiffe erzwungen, und die Entlassung der anderen Schiffe der Kriegsmarine durchgeleitet. Dürfte man da trotz der wilden Dummheit des unabhängigenproletarischen Regimes in Bremen nicht wenigstens einmal beim vorliegenden Soldatenrat antreten sollen, ob er die Auslieferung der Dampfschiffe zum Lebensmittellieferanten gewährleisten könnte? Wir zweifeln nicht, daß eine Vereinfachung und eine alle bezeichnende Neuerung ergiebt worden wäre. Denn vor den harten Tatsachen schweigen auch in Bremen die drohenden Gefahren. Statt dessen geschieht das Unglückliche: „Regierungstruppen

werden gegen Bremen geschickt. Noske sagt zwar: sie sollen keinen Schuß abgeben, wenn nicht auf sie geschossen wird. Und sie sollen nur das ungehinderte Auslaufen der Lebensmittelschiffe überwachen. Aber sieht er denn nicht die ungeheuerliche Provokation, die in der Truppenbewegung liegt? Hat er kein Gefühl dafür, daß eine solche Provokation die furchtbaren Gefahren in sich bergen mußte? Gefahren, die viel schwerer sind, als die, die er bannen wollte! Man hat das Gefühl, daß er unter der geistlichen Beeinflussung der Militäristen immer mehr von dem guten Geist proletarischer Revolutionärsideen verlassen ist. Und das ist das Furchtbare, das wir am Ende dieser ganzen unzerstücklichen Entwicklungreihe sehen: die Gefahr, daß der preussische Militarismus wieder drauf und dran ist, die Gewalt in die Hand zu bekommen, mit der er die ganze Revolution abwürgen kann.

Wir sehen keine Wespennester. Die Gefahr ist wirklich da. Die Freikorps, die angeworben sind und werden, sind keine Truppen, in denen mit revolutionär-sozialistischem Geist erfüllte Proletarier oder Bürger dienen, es sind nach altem Muster und alter Methode geschlossene Verbände, in denen die mit der Revolution mißvergnügten Offiziere und Unteroffiziere sich zu militärischem Dienst zusammengefunden haben. Heute, die durch die Revolution um ihre ganze berufliche Zukunftshoffnung gebracht sind, heute verpflichten sie sich der sozialdemokratischen Regierung für Erlohn und Heimatschutz. Wer bürgt uns dafür, daß sie nicht morgen ihre Maschinengewehre gegen die Regierung und gegen die Revolution kehren? Ein heben Papier! Ihre Gesinnung? Die recht gegen die Regierung und gegen die revolutionären Einrichtungen. Also nicht!

Die Gefahren sind schwer und drohend nahe. Darum erheben wir unsere Stimme zur Warnung. Noch ist es Zeit. Wir warnen die Regierung, sich von den Militäristen noch weiter drängen zu lassen in die alte verhängnisvolle Bahn, und wir warnen das deutsche Proletariat, durch seine unheilvolle Uneinigkeit dazu beizutragen, daß die Regierung den Weg weiter gehen muß, den sie wider ihren Willen betreten hat. Wir haben die Verantwortung, daß sich in Verhandlungen mit den Soldatenräten ein Ausweg aus der Not, in die wir geraten sind, finden läßt. Der Soldatenrat des 3. Armeekorps hat heute schon über solche Maßnahmen beraten. Alle, denen die Sicherung der Revolution, der proletarischen und sozialistischen Revolution am Herzen liegt, müssen solche Maßnahmen unterstützen und fördern. Es darf nicht dahin kommen, daß wir selbst das Instrument schmieden, mit dem man uns hinterdrein den Hals abschneidet. Volk und Regierung haben nur ein Interesse: Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Revolution. Und haben nur einen Feind: Das ist der im Dienst des Kapitalismus stehende Militarismus!

Wir haben dem nicht viel hinzuzufügen. Daß wir in einzelnen Punkten abweichender Meinung sind, ändert an der Uebereinkunft in der Auffassung der Situation, die die Ebert, Scheidemann und Noske herbeigeführt haben, nichts wesentliches.

Der Artikel beweist, daß ein immer stärkerer Stimmungswechsel in der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands sich erkennen läßt. Die deutsche Arbeiterklasse wendet sich immer mehr gegen die Regierungspolitik und immer klarer kommt ihr zum Bewußtsein, daß zur Sicherung der Revolution die Aufrechterhaltung des Räteystems und die Einigung der Arbeiterklasse eine unbedingte Notwendigkeit ist.

„Konflikte der Soldatenräte.“

Der Rentkassensoldatenrat des III. Armeekorps schickt uns folgende Zuschrift:

Unter dem Titel „Konflikte der Soldatenräte“ erlaubt sich ein Herr De la Croix sich der Desfentlichkeit vorzustellen. Wir sind von der Bösartigkeit des Herrn De la Croix ganz und gar nicht überzeugt und würden von der Angelegenheit sehr wenig Notiz nehmen, wenn sich die Behauptungen des Herrn nicht von A bis Z auf unwahre Tatsachen stützen würden.

Im Punkt 1 seiner „Behauptungen“ behauptet er, daß der Rentkassensoldatenrat des III. A. R. der Regierung in der Spardienstwoche jede Unterstützung verweigert hätte und dadurch zuzieh, daß auf unbewaffnete, demonstrierende Kameraden des Generalkommandos in der Belgischer Straße geschossen wurde.

Wahr ist, daß der J. S. R. des III. A. R. seinem ihm unterstellten E. R. die Weisung gegeben hatte, daß sich die Regierung

nicht an die Truppendeile direkt, sondern an die Dienststelle des Generalkommandos des III. A. R. zwecks Hilfe zu wenden habe. Am 6. 1. 19 verüßten eine Anzahl Soldaten und Zivilisten sich der beim Generalkommando lagernden Waffen zu bemächtigen, um sie auf der Straße zu verwenden. Diesen Unfug haben wir allerdings unterbunden, um vorzuziehen, unverantwortlichen Menschen vom Schlage des Herrn De la Croix nicht Gelegenheit zu geben, auf der Straße Unfug zu treiben. Unserem Standpunkt trat die Dienststelle des Generalkommandos des III. A. R. bei.

Zu Punkt 2, daß der J. S. R. des III. A. R. Weisungen der Regierung nicht auszuführen gedankt, ist festzustellen, daß der J. S. R. sich nicht, an den Weisungen der Regierung Kritik zu üben. Die Stellungnahme zu schwerwiegenden Entscheidungen der Regierung, wie z. B. die Neuorganisation der Kommandogewalt bei den Truppen, überläßt der J. S. R. der Delegiertenversammlung aller S. R. des III. A. R.

Zu Punkt 3, der J. S. R. des III. A. R. hätte bis in die jüngste Zeit die Anwerbung der Freiwilligen für den Grenzschutz Ost verhindert, bemerken wir, daß der J. S. R. als die Bildung von Freiwilligenkorps einen unverantwortlichen Charakter annahm, sich über den Grenzschutz Ost informierte. Nach unseren Informationen gaben wir auch weiterhin unsere Zustimmung zur Anwerbung von Freiwilligen zu diesem Zweck.

Zu Punkt 4, der J. S. R. des III. A. R. hätte bis in die Ausgabe der im Gewehrarm des III. A. R. befindlichen Waffen und Munition an den Rat der Volkswirtschaften, ist zu bemerken, daß der Volkswirtschaftsrat Noske sich einmal an das Generalkommando des III. A. R. zwecks Übergabe von Waffen für die Wilmerdorfer Bürgerwehr gewandt hat. Wir haben, da die Regierung daran ging, die Bürger zu entwaffnen, dem unsere Zustimmung nicht gegeben.

Die Behauptung De la Croix, der J. S. R. des III. A. R. mache ihm unbräutliche Begegnung, entspringt der an Gröblichkeit grenzenden Überhöhung seiner Person. Wir haben allerdings beim Kriegsministerium die Entlassung dieses Herrn beantragt, weil er sich nicht in den Dienst der sozialistischen Republik, sondern in der Reaktion stellt. Für den Anwurf, daß der J. S. R. des III. A. R. keine Delegiertenversammlungen in seinem Sinne beabsichtigt, ist Herr De la Croix auch in seinen anonymen Flugblättern jede Beweisführung schuldig geblieben; auch ist dies in der betreffenden Delegiertenversammlung sofort in entsprechender Weise gebührend zurückgewiesen worden.

Die alte Tonart.

Die bei Jäger-Bataillonen dienenden preussischen Förster anwärter haben einige Forderungen aufgestellt, deren hauptsächlichste die Trennung des Forstdienstes vom Militärdienst verlangt, und sie haben diese Forderungen durch eine Delegation dem Landwirtschaftsminister vorlegen lassen.

Bei den durch die Revolution neu in ihre Ämter gesetzten Sozialisten fanden sie williges Gehör und Verständnis für ihre Forderungen. Anders die noch im Amt befindlichen Vertreter des alten bürger- und junkerlichen Systems, Landforstmeister Deuzin und Forstrat Noje. Die Delegationen berichten selbst darüber: Es wurde von Seiten der beiden Herren nicht das leiseste Entgegenkommen gezeigt; Herr Forstrat Noje führte sogar aus: „Man könne doch die Verhältnisse und Entlohnung des zu wählenden Berufes vorher, und man dürfe dann eben nicht einen solchen, der schlecht bezahlt werde, ergreifen!“

So behandeln die Organe des alten Systems die durchaus berechtigten und sogar mäßigen Forderungen ihrer „Untergebenen“. Und dabei wagen die bürgerlichen Parteien es, den militärischen und kleineren Beamten vorzutreten, der sozialistische Staat bedeute ihr Verderben. Aber die Beamten werden schon selber merken, wo sie Entgegenkommen und Hilfsbereitschaft finden: nur in einem sozialistischen Staat.

An die Kriegsgefangenen.

Der Soldatenrat der ehemaligen Kriegsgefangenen bittet alle ehemaligen Kriegsgefangenen, Ausgetauschten und Zurückgekehrten um Einreichung ihrer Adressen an die Geschäftsstelle des Soldatenrates für Auslandsdeutsche, Berlin S., Wilschstraße 47/49, Regiments Franz, Koserne 11, Zimmer 48. Es handelt sich um die Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen aller Kriegsgefangenen, d. h. der noch in Gefangenschaft befindlichen, wie der bereits Ausgetauschten und Zurückgekehrten. Die Einreichung der Adressen jedes einzelnen ist dringend nötig.

Hochschullehrer und Arbeiterbildung.

In den Bildungsveranstaltungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Ergebnisse der Hochschulforschung der Fachwissenschaften unmittelbar und nicht erst auf dem Umweg über die zweite, dritte oder vierte Hand, an die breiten Massen des Volkes, in erster Linie an die Industriearbeiterklasse zu lassen. Bisher sind diese Versuche von glänzendem Erfolg gekrönt worden. England und die Vereinigten Staaten sind darin geradezu vorbildlich geworden; aber auch in den skandinavischen Ländern, in Belgien, Frankreich, Österreich widmen sich die Universitätslehrer mit großem Eifer der Volkshilfe.

Nur in Deutschland hielt der Hochschullehrer streng darauf, seinen Abstand vom gemeinen Volk gebührend zu wahren. Noch vor anderthalb Jahrzehnten konnte gelegentlich der Einrichtung studentischer Arbeiter-Unterrichtskurse ein Berliner Universitätslehrer die Drohung aussprechen: „Dah wir so nie ein Arbeiter die Universität betritt!“ Wie kennen ja zur Genüge den Typus des deutschen Gelehrten, der sich in sein Wissenschaftsgebiet vergräbt und mehr oder minder den Zusammenhang mit der Umwelt verliert. Im Mittelalter schieden sich schon scharf lateinische Gelehrtensprache und Volkssprache voneinander; der Abstand wird gerade in Deutschland bis heute noch peinlich gewahrt. Wer gemeinhinlich schreibt und vor allem, wer sich außerhalb der akademischen Kreise erdreistet, gemeinverständlich zu sprechen, trägt ein Kainszeichen an der Stirn, und eifersüchtig verwehren ihm die Tempelwächter den Eintritt ins professorale Allerheiligste.

Allerdings kann man mit Freuden und mit Genugthuung feststellen, daß auch unter den Hochschullehrern eine neue Generation im heranwachsen begriffen ist. Hier und dort machen sich Ansätze, hoffnungsvolle Ansätze bemerkbar, die erkennen lassen, daß besonders die jüngeren Hochschullehrer im Verein mit einer Anzahl jung gebliebener alten doch nicht gewillt sind, auf den Kontakt mit dem Volk, mit seinem Leben und Streben zu verzichten. Nicht mehr will der geistige Arbeiter sein Haus und seine Werkstatt dem Handwerker verschließen, er öffnet die Tore und läßt ihn zu sich, um ihm seine Arbeit zu zeigen, den mühsamen, dornenbesetzten Weg, der zu wissenschaftlichem Erfolge führt, um ihn teilhaben zu lassen an seinen Schätzen und Ererbnissen, seinen Hoffnungen und Ängsten.

Sudermann: Das höhere Leben.

Erstaufführung im Melibenz-Theater am 1. Februar.

Herrmann Sudermann weiß, was er kann. Er ist der geschickteste Volkstheater der deutschen Bühne, weil er ihre Möglichkeiten kennt und bis ins Kleinste ausnützt, er weiß, was der Erfolg, weil er sein Publikum versteht und es nur amüßigen will. „Das höhere Leben“ gehört zu einer Trilogie aus der Vorkriegszeit, der „erhöhtesten Welt“. Der alte Lustspiel, die satirisch wirkten könnten, wenn Sudermann ein wenig Eifer in seinen deutschen Sekt gegossen hätte. Aber er will den Geschmack daran nicht verderben. Das Publikum soll unterhalten werden, Berlin soll sich schmecken und doch nicht von sich selbst geirrt werden. Es soll dreihundert, vierhundert und vielleicht noch mehr Akteure bei sich selbst zu Hause sein, ohne sich zu langweilen. Und dieser Zweck ist erreicht. Das Melibenz-Theater hat seinen „Schlager“ und wird bei anderthalbtausend Hausen den Erfolg auskosten.

Berlin W. vor dem Kriege. Melibenz war vor dem Kriege! Wer sich glauben machen will, daß es sich verändert hat, mag's tun, Sudermann wird darüber lächeln. Wäre es anders geworden, wie könnte es sich dann so herablassend verhalten? Der sittliche Schlamm seiner sogenannten besten Gesellschaft wird ausgebreitet, Knöcheltief oder Inlettel, die Damen müssen ihre Röcke haben, daß sie durchkommen, und je höher sie's tun, um so plinker wird das Tisch. Diese Welt brauche nicht entadert zu werden, denn sie hat nie einen Mist gefannt. Ihr Glanz ist niemals Klischee gewesen. Ihr Tanz und goldne Raub war unüberhörbar Hörsdienst von jeder. Man soll aber Sudermann nicht nachsehen wollen, er habe Aufklärerwert getan, als er ihre seinen Spiegel vorhielt. Berlin W. kennt sich, wie Sudermann es kann. Nur daß er es in Reinheit gibt, ist sein Verdienst. Das Publikum weiß die Sprache seiner Welt, in der nichts gilt als die Freibeit, es laßt ihr Lachen, das hoch ist, weil es aus innerer Keere kommt. Nicht umsonst spielt ein Akt im Modestalon, der Kuppelplatz ist, nicht umsonst steht sich die Handlung um einen Götzen, der nur das Ausdrucksbild einer Ehe ist. Kollektive ist der Inhalt des Lustspiels, innerlich wie äußerlich. Und wenn der Theaterbesucher erzählt, welche Freude die Güte geliefert hat, die auf der Bühne probiert werden, so ist's weisend genug für die Zuschauer, die gleichzeitig die Geschehnisse sind.

Zwei Frauen, die auf der Wiese aus sind und ihr: nur eine

Saison wegen wie ihren Gut und auch da noch für jede Gelegenheit den passenden wäßen; drei Männer, die auf das Weib aus sind und sich durchsetzen wie durch die Gänge eines Diners, und auch da noch die Teller wegschleichen, ehe sie halbwegs aufgefressen haben. Das sind die Figuren, die Mannequins, die Scheinmenschen des „höheren Lebens“. Dienen, die sich nicht kennen, weil ihnen das Leben den Blick in die Salons verdirbt, mag's eine Offenbarung sein, sie einmal höchst naturgetreu abzustreifen zu sehen. Sie werden verstehen, wie ein Krieg kommen konnte und das Schicksal, sie werden das Spiel mit den Karten des Lebens begreifen, den schmerzlichen Wucher mit Gefühlen, der von oberem Hinaufsehen ohne Gefühl getrieben werden konnte. Sie werden vielleicht erschrecken vor den Vätern, die Sudermann malt, aber sie werden nicht lachen können, weil sie das Trauerspiel in seinem Lustspiel erkennen.

Sudermanns Dialoge sind Kollektive. Sein Akt stammt aus den geistigen Juwelierarbeiten der hohen Gesellschaft. Rein Wort, das nicht legenden so gesprochen worden, keine Wendung, die nicht eckig wäre. Er ist geistreich, wie man in Berlin W. geistreich ist, ohne innere Bedeutung. Ganz auf Neuheitlichkeiten gestellt ist dieses Lustspiel, aber sie sind gut gesehen und gegeben. Das Melibenz-Theater hat alles getan, um Sudermanns Menschen zu verstehen. Carl Clewing, Paul Bildt und Eugen Burg sind die Männer, die sich um die Frauen bewegen. Dann L. rnsfeldt und Olga Lindburg ihre Partnerinnen. Ruh man sagen, daß sie ihre schauspielerische Aufgabe glänzend erfüllt. Als Leistung über diesen besten Durchschnitt steht Rosa Kaseiti als die Ueberbringerin des Modernen, als die Goldseherin, in der sich das ganze Paris tum und die ganze Weltbewegung spiegelt. Sie allein ist wert, daß man die Komödie spielt. Ulrich Steindorff.

Kunstkalender.

„Die Menschen“. Als Organ der sozialistischen Gruppe der Berliner Arbeiter in Dresden erscheint unter dem Titel „Die Menschen“ ein Monatsblatt, das sich neben der Politik in der Hauptsache kulturellen Fragen zuwendet. Ein besonders reichhaltiger Kunstteil, zu dessen Mitarbeitern u. a. auch Walter Soltenleber zählt, gibt dem Blatt eine willkommene Bereicherung. Der Herausgeber und Schriftleiter Heinz Schilling ist jedenfalls bemüht, „Die Menschen“ über dem üblichen Niveau einer Tageszeitung zu halten. Eine zeitgemäße und interessante Veröffentlichung kündigt der Verlag E. D. Strauch, Wien und Leipzig, an: Eine Sammlung revolutionärsocialistischer Kunstwerke, die der bekannte Schriftsteller Julius Bok einleitet und herausgibt.

